https://strategic-culture.su/news/2026/11/03/the-ground-on-which-europe-stands-is-shaking/

Der Boden, auf dem Europa steht, bebt

Die EU-Kommission schlägt für das nächste Jahr eine Erhöhung der jährlichen Beiträge der Mitgliedstaaten zum EU-Haushalt um 81 Prozent vor.



3. November 2026 | Alastair Crooke

Die Schaffung einer europaweiten Feindseligkeit gegenüber Russland ist seit mindestens den 1990er Jahren ein langfristiges Projekt für Europa. Die Sicherheitskreise der USA haben die Osterweiterung Europas seit langem als ein zentrales Nachkriegsziel betrachtet – erstens, um den Kommunismus im Nachkriegseuropa zu bekämpfen; und zweitens dienten die Erweiterung der NATO und anschließend der EU dazu, die EU-Staaten in eine von den USA geführte Sicherheitsarchitektur einzubinden. Diese strukturelle Gestaltung führte dazu, dass die Außen- und Sicherheitsstrukturen der EU funktionsunfähig wurden, da sie zwischen den Fronten der „neuen Europäer", die das „alte Europa" übernahmen (wie US-Verteidigungsminister Rumsfeld 2003 im NATO-Hauptquartier in Brüssel spöttisch bemerkte), hin- und hergerissen waren, was jeden Versuch einer autonomen EU-Außenpolitik effektiv untergrub.

Die Osterweiterung hat das politische Projekt der EU faktisch ausgehöhlt – ursprünglich war die Idee gewesen, dass die EU als Gegengewicht zur amerikanischen Unipolarität zu einem „globalen geopolitischen Akteur" werden könnte. Die EU verwandelte sich daher in kaum mehr als eine große Handelszone mit einheitlichen Regulierungsvorschriften, ohne politischen Zusammenhalt und ohne klare übergeordnete Vision davon, was es bedeutet, Europäer zu sein.

Durch die von den USA inspirierte Flut neuer Beitrittsstaaten in die Union, deren sicherheits- und außenpolitische Loyalitäten eher bei Washington lagen als bei den Interessen der Bürger der europä-

ischen Kernstaaten, lähmte dieser Verlust eines klaren Ziels die Entwicklung eines kohärenten europäischen „Projekts“.

Da es also weder eine kohärente europäische Identität (Neues Europa oder Altes Europa) noch ein Wertesystem gab, das sich im öffentlichen Bewusstsein durchgesetzt hätte, führte die Verteidigung der „liberalen Demokratie“ in der Ukraine unweigerlich zu einem Rückfall auf einen Notausweg – die Ukraine wurde zu dem Projekt, um das herum sich die europäischen Staats- und Regierungschefs vorstellten, den Zusammenhalt Europas einigermaßen aufrechterhalten zu können.

Die Aufrechterhaltung des „Ukraine-Projekts“ wurde zu einer Rettungsweste. Die Ukraine sollte somit Sinn und Richtung vorgeben – insbesondere nach der Spaltung im Irak-Konflikt 2003, als Frankreich und Deutschland sich weigerten, die von den USA angeführte Invasion im Irak zu unterstützen. Die Stimmung war vergiftet (wie ich mich aus meiner Tätigkeit als Berater von Javier Solana, dem damaligen EU-Außenbeauftragten, zwischen 1997 und 2023 erinnere).

Nun ist jedoch die Ukraine zu einem Problem geworden. Während die Kluft zwischen Neu-Europa und Alt-Europa, die sie eigentlich überdecken sollte, nicht mehr so akut ist, ist an ihre Stelle eine andere Spaltung getreten – die derzeitige Spaltung verläuft zwischen der distanzierten herrschenden und oligarchischen Klasse Europas auf der einen Seite und der zunehmend verzweifelten Bevölkerung auf der anderen Seite. Diese neue Kluft stellt eine Krise ganz anderer Größenordnung dar – denn sie ist für die EU existenziell.

Kein europäischer Politiker von Format hat einen realisierbaren Plan, wie man den Ukraine-Konflikt beenden könnte, noch eine klare Vorstellung davon, wie man die Fortsetzung des Krieges finanzieren könnte, ohne dabei die finanzielle Architektur zu zerstören, die dem „liberalen“ Europa zugrunde liegt. Dies würde den Zusammenbruch des Gründungsmythos der EU riskieren, der den Bürgern einen prosperierenden Lebensstandard garantiert.

Das Dilemma liegt auf der Hand: Die Unterstützung der Ukraine als Symbol der „liberalen Demokratie“ ist zu einem Paradoxon geworden, da die liberale Moderne selbst zusammenbricht. Europas eigener Anspruch auf Demokratie wird zunehmend in Frage gestellt – zuletzt durch die Ereignisse in Polen, wo der als EU-Verfechter bekannte Ministerpräsident Donald Tusk darauf besteht, dass EU-Recht Vorrang vor der polnischen Verfassung habe.

Da Washington nun darauf besteht, dass Europa als sein Stellvertreter für die Fortsetzung des Zermürbungskriegs gegen Russland fungiert, hat sich das Dilemma zu einer „Hobson’s Choice[1]“ verschärft – die EU kann entweder versuchen, ihre bestehende Finanzarchitektur zu retten, oder weiterhin Selenskys Krieg finanzieren. Innerhalb des eigenen Rahmens der EU kann sie jedoch nicht beides tun:

Zahlungen an Selensky im Rahmen der 90-Milliarden-Euro-Kreditfazilität zur Unterstützung der Ukraine für die Jahre 2026–2027 werden weiterhin von der EU ausgezahlt; dieser Betrag ist jedoch, wie Selensky sagt, bereits größtenteils aufgebraucht, was dazu führt, dass „dringend“ weitere 70 Milliarden Euro benötigt werden:

1 Eine „Hobson’sche Wahl“ ist eine freie Wahl, bei der tatsächlich nur eine Option zur Auswahl steht. Der Begriff wird oft verwendet, um die Illusion zu beschreiben, dass Wahlmöglichkeiten bestehen.

> Wir brauchen mindestens 70 Milliarden Euro mehr von Ihnen – für die Verteidigung, für Waffen und für unsere Widerstandsfähigkeit. Das ist ein realistischer Betrag. Und ich bitte Sie, diese Unterstützung aufzubringen.

Erstaunlicherweise tauchte die EU-Kreditfazilität in Höhe von 90 Milliarden Euro nicht als „Einzelposten“ im aktuellen EU-Haushalt auf. Es wurden keine Schecks der Mitgliedstaaten über 90 Milliarden Euro an Brüssel ausgestellt. Der Haushalt sah lediglich eine Garantie vor, dass die EU die Schulden gegenüber den Anleihegläubigern selbst begleichen würde, falls die Ukraine dieses Darlehen nicht zurückzahlen sollte. (Eine Reihe von EU-Staaten weigerte sich dennoch, sich an der EU-Garantie zu beteiligen, und erklärt, dass sie sich erneut weigern werden, sollte sie gebeten werden, für eine weitere solche Kreditfazilität zu bürgen).

Zudem wurden die 90 Milliarden Euro nie als„Ausgabe“ in den EU-Haushalt aufgenommen. Die Kommission erklärt lediglich, dass das Darlehen im Rahmen des Spielraums ihres Haushalts gewährt wurde. (Die EU definiert diesen als die Differenz zwischen der absoluten Obergrenze, die die Mitgliedstaaten vereinbart haben und die die Kommission von ihnen einfordern kann, und den nominalen Haushaltsmitteln für sieben Jahre.) Bislang wurde die Ukraine-Subvention durch dieses Schwindel-Verfahren des Spielraums „ermöglicht“ – doch das kann so nicht weitergehen.

Das kann so nicht weitergehen, da alle weiteren Subventionen dieser Art unter den siebenjährigen EU-Haushaltsrahmen fallen müssen, der zurzeit Gegenstand heftiger Debatten ist.

Der aktuelle Haushaltsentwurf geht davon aus, dass allein zur Aufrechterhaltung des derzeitigen Niveaus der EU-Ausgaben in jedem der nächsten sieben Jahre deutlich mehr Mittel von den Mitgliedstaaten bereitgestellt werden müssen. Die Kommission schlägt vor, die jährlichen nationalen Beiträge insgesamt auf 235 Milliarden Euro anzuheben – eine Steigerung um 81 Prozent zu aktuellen Preisen. Selbst Berlins Botschafter bezeichnete dies als „einfach nicht finanzierbar“.

Ohne eine Einigung über den siebenjährigen EU-Haushalt kann es keine finanzielle Lösung für die steigenden Forderungen der Ukraine an die EU-Mitgliedstaaten geben.

Und der Siebenjahreshaushalt ist noch lange nicht unter Dach und Fach – ein finanziell angeschlagenes Deutschland wird von der Kommission aufgefordert, seine Beiträge von rund 40 Milliarden Euro auf 60 Milliarden Euro zu erhöhen, und ein finanziell noch stärker angeschlagenes Frankreich soll seinen Beitrag in den nächsten sieben Jahren von rund 30 Milliarden Euro auf 40 Milliarden Euro pro Jahr steigern. Das sind drakonische Forderungen.

Kurz gesagt: Die EU kann es sich nicht leisten, die Ukraine zu finanzieren, ohne zu Hause auf blutige Sparmaßnahmen zurückzugreifen, die den europaweiten sozialen und politischen Zerfall noch verschärfen würden.

Walter Münchau weist auf ein noch gravierenderes Problem hin:

> Ich kann mir nur schwer vorstellen, wie Frankreich eine Regierung bilden könnte, der es gelingt, all das zu erreichen: (1) das Haushaltsdefizit unter Kontrolle zu bringen; (2) soziale Unruhen zu vermeiden; (3) die europäischen Vorschriften einzuhalten; und (4) in der Eurozone zu bleiben. Hier muss irgendwo ein Kompromiss gefunden werden.

Marine Le Pen hat die Vorstellung einer Erhöhung des französischen Beitrags zum EU-Haushalt zurückgewiesen, sollte sie im nächsten Jahr zur französischen Präsidentin gewählt werden. Im Gegenteil, sie hat erklärt, sie werde sich dafür einsetzen, den Beitrag Frankreichs von dem vorgeschlagenen Niveau (30 Milliarden Euro) auf 10 Milliarden Euro zu senken – und alle französischen Zahlungen an die Ukraine einzustellen.

Das Endergebnis wäre, sollte sie das Präsidentenamt übernehmen, wahrscheinlich, dass Frankreich sich an die EZB wenden würde, um ein Rettungspaket zu beantragen, dessen Ablehnung zu einem Zahlungsausfall gegenüber den Anleihegläubigern französischer Staatsanleihen führen könnte.

Die Lage ist kritisch, wie Münchau andeutet:

> Ein Zahlungsausfall Frankreichs würde wahrscheinlich zum Austritt Frankreichs aus dem Euro führen. Sollten wir jemals an diesen Punkt gelangen, würde die daraus resultierende Finanzkrise alles in den Schatten stellen, was wir bisher erlebt haben. Weltweit würden Finanzinstitute zusammenbrechen. Die Eurozone ihrerseits würde möglicherweise nicht überleben, da andere Länder ebenfalls zahlungsunfähig würden und nacheinander aus der Währungsunion ausscheiden würden. Ironischerweise wäre eines der am stärksten betroffenen europäischen Länder in diesem Szenario Großbritannien. Obwohl Großbritannien kein Mitglied der EU ist, geschweige denn der Eurozone, wäre der britische Kapitalmarkt gegenüber dem Chaos jenseits des Ärmelkanals äußerst anfällig.

Münchau betont, dass er damit nicht andeuten wolle, dies sei Le Pens bevorzugte Option.

Angesichts ihrer Drohung, Frankreichs Beitrag zum EU-Haushalt drastisch zu kürzen und die Ukraine im Stich zu lassen, klingt Le Pen jedoch nicht gerade wie eine überzeugte EU-Befürworterin, auch wenn sie bestreitet, die Eurozone verlassen zu wollen.

Sollte ein Zahlungsausfall jedoch unvermeidbar werden, könnte ein Austritt Frankreichs aus der Eurozone durch einen Zahlungsausfall eher durch höhere Gewalt als durch eine bewusste Entscheidung zustande kommen. Dieses Ergebnis – das, wie Münchau warnt, zwar erhebliche Folgen für Europa hätte – würde es Frankreich dann ermöglichen, einen wettbewerbsfähigeren Wechselkurs einzuführen und Zinssätze festzulegen, die seinen Umständen besser entsprechen.

Brüssel hat kaum Optionen: Ob man Kiew nun weiter finanziert oder nicht – der Krieg ist verloren. Und eine noch größere Bedrohung steht bevor. Schauen Sie sich an, was seit Beginn der Kriege in der Ukraine und im Iran passiert ist:

Erdgaspreise: + 206 Prozent;

Dieselpreise: + 39 Prozent;

Benzinpreise: + 27 Prozent;

Rohölpreise: + 50 Prozent;

Inflation in der Eurozone: von 1,9 Prozent auf 3,8 Prozent.

Der Winter naht tatsächlich. Alles wird sich ändern, auch wenn die herrschenden Eliten Europas so tun, als wäre nichts geschehen.